

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 22. September 2014

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0330-IM/a/2014

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2246/J betreffend "Umsetzung der FTI-Strategie", welche die Abgeordneten Dr. Ruperta Lichtenecker, Kolleginnen und Kollegen am 23. Juli 2014 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage:

Die Ziele der FTI-Strategie werden von der Bundesregierung als verbindliche Ziele angesehen. Auch das ambitionierte Ziel eine F&E-Quote von 3,76 % bis 2020 zu erreichen ist daher aufrecht. Allerdings hängt die Möglichkeit der Erreichung auch von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen ab. Einen weiteren limitierenden Faktor stellt die Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf ESVG 2010 im Herbst dar. Eine Änderung der an die Europäische Kommission kommunizierten Zielsetzung ist daher nicht notwendig.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Die Anstrengungen zur Steigerung der Forschungsinvestitionen müssen daher nicht nur auf den öffentlichen Bereich, sondern auf diverse Bereiche gerichtet sein. So ist etwa in der FTI-Strategie das Ziel definiert, den privaten Investitionsanteil in die Forschung zu steigern. Um daher das Potential der privaten Finanzierungsbeteiligung der F&E-Ausgaben in Österreich zu heben, wird bei F&E-Programmen darauf geachtet, eine möglichst hohe Hebelwirkung auf die private Finanzierung zu erreichen. Darüber hinaus gilt es etwa auch F&E-Investitionen der EU in steigendem Maße nach Österreich zu holen. Mein Ressort hat sich in diesem Zusammenhang etwa das Ziel gesetzt, die Rückflüsse aus Horizon 2020 nach Österreich um 50% zu steigern.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Im Zeitraum Jänner bis Juni 2014 wurden im Ressort u.a. folgende Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der FTI-Strategie umgesetzt:

Das neue Programm "Wissenstransferzentren und IPR-Verwertung" des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit einem Fördervolumen von rund € 20 Mio. soll die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft stärken und Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung und Wirtschaft noch näher zusammenführen. Mit der Einrichtung von drei regionalen Wissenstransferzentren (Ost, Süd und West) sowie einem thematischen Wissenstransferzentrum im Life Sciences-Bereich sollen attraktive Anreize für Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen gesetzt werden, um den Wissenstransfer von der Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu intensivieren. Ein spezieller Förderschwerpunkt von Kooperationsprojekten wurde im Bereich Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften gesetzt. Die Ausschreibung des Programms „Wissenstransferzentren und IPR Verwertung“ endete am 31. Jänner 2014. Die ersten Projekte der regionalen Wissenstransferzentren starteten nach Bewertung einer internationalen Jury am 1. August 2014.

Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB) wird als nachfrageseitiges Instrument zur Förderung von Innovation zunehmend bedeutsam. Nach der Entwicklung des Leitkonzepts für eine IÖB in Österreich wurde zur Unterstützung der operativen Umsetzung des Leitkonzeptes Ende 2013 in der BBG eine IÖB-Servicestelle eingerichtet, welche vom BMWFW und BMVIT finanziert wird. Sie ist die erste Anlauf- und Koordinationsstelle für Fragen der IÖB in Österreich. Sie fungiert als kompetenter Berater für öffentliche Beschaffungsstellen, die innovative Produkte anschaffen möchten, initiiert und begleitet Pilotprojekte, und arbeitet mit IÖB-Kompetenzstellen (z.B. AustriaTech, aws, Energieagentur, FFG) zusammen und bietet Ausbildungs- und Trainingsmodule an.

Im nachgefragten Zeitraum wurden im Bereich der angewandten Forschung € 58 Mio. an Förderungen für Forschungsprojekte in folgenden Programmen zugesagt:

- COMET Kompetenzzentren: € 37,7 Mio. (Anteil des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft) für elf "K-Projekte" und zehn "K1-Zentren"
- Forschungskompetenzen für die Wirtschaft: € 4,6 Mio. für elf "Qualifizierungsnetze"
- Research Studios Austria: € 15,8 Mio. für 17 Research Studios

Im Jahr 2013 ist es per Beschluss der Europäischen Kommission gelungen, das Biobanking and BioMolecular Resources Research Infrastructure (BBMRI)-European Research Infrastructure Consortium (ERIC) gemäß der EU-Verordnung No. 723/2009 mit Sitz in Graz zu etablieren. Das BBMRI-ERIC hat 2014 seinen Betrieb aufgenommen. Es verfügt derzeit über zwölf Mitgliedsländer und fünf Beobachter. Österreich ist damit Sitz der europäischen Biobanken-Forschungsinfrastruktur, die zum Ziel hat, existierende und neu zu schaffende Biobanken in Europa zu vernetzen und somit den Zugang zu biologischen Proben für die Forschung zu verbessern. Hinzu kommt, dass das Koordinationssekretariat des nationalen Biobankennetzwerks, das ebenfalls Anfang 2014 seine Arbeit aufgenommen hat, in unmittelbarer Nähe zum BBMRI-ERIC in Graz angesiedelt ist.

Darüber hinaus ist auf den diesjährigen Forschungs- und Technologiebericht, welcher jährlich über die Umsetzung der Maßnahmen berichtet, sowie auf den jüngsten "Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs 2014" des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE), anhand dessen der Umsetzungsstand der Maßnahmen nachvollzogen werden kann, zu verweisen.


Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

Die Bundesregierung teilt weitgehend die Empfehlungen und prioritären Maßnahmenvorschläge des Wissenschaftsrates und des RFTE. Auf der Homepage der Task Force FTI können dazu aktuelle Entwicklungen und Dokumente abgerufen werden. (<https://www.bka.gv.at/site/6485/default.aspx>). Gleichzeitig wird mit dem Forschungsaktionsplan meines Ressorts die FTI-Strategie noch intensiver umgesetzt. Dieser wird Anfang 2015 präsentiert werden.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Durch den neuen Bundesfinanzhaushalt seit 2013 (BFRG) existiert eine mittelfristige Planungssicherheit für primär öffentlich finanzierte wissenschaftliche Einrichtungen. Darüber hinaus ist ein Forschungsfinanzierungsgesetz weiterhin Thema und die Task Force FTI wurde beauftragt, Überlegungen zur Ausgestaltung des Forschungsfinanzierungsgesetz anzustellen. Gespräche mit dem BMF finden ab Herbst 2014 statt.

BM Dr. Reinhold Mitterlehner

	Untersigner	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
	Datum/Zeit-UTC	2014-09-23T09:16:24+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1184203
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/ . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf https://www.bmwf.gv.at/amtssignatur oder http://www.help.gv.at/ veröffentlicht.
Signaturwert	4glaG7v/bw+jqzDUc2yNMvEQa2JyYrftOEtf0BlmGDwxWt5Cnsjb/eXsa9mVjsiW6Jyppy7yoj2h5nyJqA/0hTF7pKZxXvLkbl0xh5Gy3hABmeU+GeAnwYyJrq55J5vKGVDCAKVv8Y2/5sNwV/k+BdfOVyBL1T0Jl7Uj63C651Gfdkl3dxV8bT7jkuyGgWiniPXrp/+IAHVallMJaAoyrVpU0H+uLRxj1tzulYUovFvjTHVYDjbmgaQ8lwZbLG0o+M8mZbQxs655KG3zgPDI0u2mDRExSksJQbo2yO1fbiB/dS1yBrKMwEBuuQpZkMQxiCqNpgUOmKPVaMUpt+72nw==	